

Maly, Václav

Article — Digitized Version

Preisreform mit Hindernissen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Maly, Václav (1969) : Preisreform mit Hindernissen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 4, pp. 219-224

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133962>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Preisreform mit Hindernissen

Dr. Václav Maly, Prag

Die tschechoslowakische Wirtschaft erlebte nach dem zweiten Weltkrieg ein rasches extensives Wachstum. Vom Jahre 1937 bis zum Jahre 1964 wuchs das Nationaleinkommen je Kopf der Bevölkerung um 166 %¹⁾. Die industrielle Produktion entwickelte sich besonders schnell. Sie stieg in diesem Zeitraum um 382 %. Die landwirtschaftliche Produktion nahm dagegen nur um 40 % zu.

Das Wachstum ist darauf zurückzuführen, daß die Arbeitsproduktivität vom Jahre 1948 bis zum Jahre 1964 um 164 %, die Zahl der Beschäftigten um 15 % und der Umfang der Anlagefonds um 99 % – der Produktionsanlagefonds sogar um 143 % – stiegen.

Anfang der 60er Jahre lief diese Phase aus. Das Wachstumstempo verlangsamte sich zusehends bis zur völligen Stagnation. Das Nationaleinkommen war im Jahre 1964 nur um 7 % höher als im Jahre 1960, und im Vergleich zum Jahre 1962 war es sogar um 1 % zurückgegangen.

Notwendige Reformen

Mit dem Auslaufen der Phase raschen Wachstums und den immer notwendiger werdenden Strukturwandlungen zeigte sich die Schwäche der traditionellen Auffassung von einer planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft und der Lenkungsmethoden, die sich aus dieser Auffassung ergaben. Die Kritik an dieser Konzeption führte zu der Überzeugung, daß die anstehenden Probleme nur durch eine prinzipielle Änderung des gesamten Lenkungssystems der Volkswirtschaft gelöst werden könnten. Ihren praktischen Niederschlag fanden diese Überlegungen in dem „Neuen System der planmäßigen Lenkung der Volkswirtschaft“.

¹⁾ Alle Angaben sind dem Statistischen Jahrbuch der CSSR von 1965 entnommen.

das im Januar 1965 vom Zentralkomitee der KPC angenommen wurde und danach schrittweise verwirklicht werden sollte.

Einer der wichtigsten Bestandteile des neuen Systems ist die Preisreform. Damit soll das bisherige Lenkungssystem abgelöst werden, das durch die unabhängig von den Nachfrage- und Angebotsverhältnissen vorgenommene Festsetzung der Preise gekennzeichnet war.

Änderung der Großhandelspreise

Mit dem ersten Schritt der Preisreform sollte die Verlustwirtschaft, die für einige Industriezweige charakteristisch war, durch eine Änderung der Großhandelspreise beseitigt werden. Dazu mußten die Preise an den Produktionskosten ausgerichtet werden. Die Großhandelspreise sollten zudem neben den direkten Kosten auch die einheitlichen Abgaben aus dem Bruttoeinkommen der Betriebe und die Abgaben für Kapitalinanspruchnahmen enthalten.

Diese Regelungen zogen zwangsläufig andere Maßnahmen nach sich. So mußten die Einkaufspreise der landwirtschaftlichen Produkte, des Bauwesens und der Fahrzeugindustrie sowie die Handelsspannen der Handelsorganisationen neu festgesetzt werden. Letztlich war auch eine Neuregelung der Absatzsteuer bzw. des gesamten Systems der Preisbeziehungen zum Staatshaushalt – insbesondere eine Regelung der Zuschüsse – notwendig.

Nach diesen Maßnahmen stieg das Niveau der Großhandelspreise um ca. 30 %. Damit war sein tatsächlicher Anstieg etwa um ein Drittel höher als die Schätzungen, die im Rahmen der wirtschaftspolitischen Leitlinien angestellt worden waren.

Nach diesem ersten Schritt mußten Entscheidungen über die zukünftige Preisentwicklung getroffen werden. In den Jahren 1966 und 1967 wurden entsprechende Regelungen in den neuen Preisvorschriften verankert. Eine der wichtigsten Maßnahmen war dabei die Einteilung der Preise in Kategorien, deren Einteilungskriterium der erwünschte Grad der Preisflexibilität war. Die Bekanntmachung vom 16.2.1966 unterschied drei Kategorien: Festpreise, Margenpreise (die innerhalb einer Bandbreite schwanken können) und freie Preise.

Diesen Kategorien wurden bestimmte Produkte und Produktgruppen zugeordnet.

Kategorie der Festpreise

Zur Kategorie der Festpreise gehörten vorwiegend solche Rohstoffe, Halbfabrikate, Betriebsstoffe und Produkte,

- die einen entscheidenden Einfluß auf die Grundproduktionsprogramme, das Kostenniveau und die Preise in den Abnehmerindustrien ausüben;
- bei denen Angebot und Nachfrage grundsätzlich auseinanderfallen, so daß die Notwendigkeit besteht, ihre Produktion und ihren Verbrauch zentral zu steuern;
- die einen entscheidenden Einfluß auf die Struktur des Individualverbrauchs und der Lebenshaltungskosten der Bevölkerung haben;
- bei denen aus gesundheits- und kulturpolitischen Gründen Niveau und Struktur der Preise erhalten bleiben sollten.

Kategorie der flexiblen Preise

In die Kategorie der Margenpreise wurden die Produkte aufgenommen,

- die relativ oft Nachfrageänderungen zu verzeichnen haben, und die Produkte,
- für die zwar ein breites und relativ festgefügtes Sortiment charakteristisch ist, bei denen aber die Möglichkeit zur Beeinflussung von Angebot und Nachfrage gewährleistet sein muß.

Die Möglichkeit zur freien Preisgestaltung sollte für alle die Produkte geschaffen werden,

- bei denen keine Gefahr von Monopolpreisen besteht;
- bei denen dauernd das Angebot die Nachfrage übersteigt;
- deren Preisniveau von den Fest- bzw. Margenpreisen des Grundsortiments der gleichen Produktgruppe bestimmt wird (Standardprodukte);

- die Modeprodukte sind und technische Neuerungen darstellen (die freie Preisgestaltung gilt dann für eine bestimmte im voraus angegebene Zeit);
- die als Luxusgüter anzusehen sind;
- die einen relativ niedrigen Umsatz aufweisen (betrifft vorwiegend die Produktion der Gewerbenossenschaften), und die Produkte,
- die für den Export bestimmt sind, und deren Preise sich deshalb nach den Weltmarktbedingungen richten sollen.

Lenkungsfunktion der Preiskategorien

Der Ausgangspunkt für die Aufstellung von Preiskategorien war die Überlegung, daß es in einzelnen Fällen unzweckmäßig, wenn nicht sogar schädlich ist, auf starren Preisen zu bestehen. Wenn die zur Zeit geltenden Preise den gegenwärtigen Angebots- und Nachfrageverhältnissen nicht entsprechen, kann eine zunehmende Preisflexibilität diesen Mangel beseitigen. Vor allem werden eine Reihe kurzfristiger (und manchmal auch längerfristiger) Probleme bei der Versorgung mit Rohstoffen und Materialien sowie bei der Versorgung des Verbrauchermarktes wesentlich erleichtert.

Die Lenkungsfunktion der Preiskategorisierung liegt darin begründet, daß die Höhe der Handelsspanne und des Gewinns vom Preis bestimmt wird. Von dem Gewinn und der Handelsspanne hängt aber das sogenannte Bruttoeinkommen der Unternehmen ab, das die Basis für die Entlohnung der im Unternehmen Beschäftigten darstellt. Somit werden die Betriebe gezwungen, der Preispolitik verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken. Die Möglichkeiten zur Einflußnahme auf den Preis richten sich dabei nach der Art der Kategorie, zu der das vom Betrieb produzierte Gut gehört.

Bei den Festpreisen kann eine Preisänderung nur durch die zentrale Planungsstelle erfolgen. Wenn der Betrieb sein Bruttoeinkommen unabhängig davon erhöhen will, muß er versuchen, seine Produktionskosten zu senken. Die Margenpreise erlauben dagegen schon eine Einflußnahme innerhalb der vorgegebenen Bandbreite, während die freien Preise natürlich die beste Möglichkeit bieten, höhere Gewinne bzw. Handelsspannen zu erzielen.

Die Preiskategorisierung wird damit zu einem wichtigen Faktor für Sortimentsänderungen. Wenn die Marktsituation durch einen Nachfrageüberschuß gekennzeichnet ist, werden die Betriebe bestrebt sein, in die Kategorie der freien Preise überzugehen, um größere Gewinne und höhere Einkommen für die Beschäftigten zu erreichen. Umgekehrt werden die Betriebe bei einer unzureichenden Nachfrage in die Kategorie der Fest-

preise ausweichen wollen. Die Kategorien erlauben damit, Knappheiten sofort zu erkennen.

Experimenteller Charakter der Kategorien

Die Aufstellung von Preiskategorien für das Jahr 1966 hatte vor allem experimentellen Charakter. Anhand der gewonnenen Erfahrungen sollten die vorhandene Einordnung überprüft und die Grundlagen für eine neue und bessere Kategorisierung geschaffen werden. Man war sich jedoch bewußt, daß auch danach immer wieder Eingriffe nötig sein würden, um die Übergänge der Produkte von einer Kategorie in eine andere zu erleichtern und um unerwünschte Preisentwicklungen zu vermeiden.

Aufgrund der Erfahrungen des Jahres 1966 ist am 1. 1. 1967 eine neue Aufteilung der Produkte auf die Preiskategorien gemeinsam mit Richtlinien für weitere Regelungen in Kraft getreten. Im Bereich der Großhandelspreise für Produktionsmittel stieg der Anteil der Margenpreise von 29 % auf 81 %. Der Anteil der Festpreise sank von 64 % auf 14 %, und der Anteil der freien Preise wurde von 7 % auf 5 % herabgesetzt (Import- und Exportprodukte sind dabei nicht berücksichtigt worden).

Auf den Konsumgütermärkten verloren die „flexiblen“ Preise (Frei- und Margenpreise) an Gewicht. Der Anteil der entsprechenden Produkte am gesamten Einzelhandelsumsatz sank von 20-25 % auf ca. 13 %. Allerdings ist das Ausmaß der Abnahme in den einzelnen Zweigen sehr unterschiedlich. Am stärksten sank der Anteil in der Lebensmittelindustrie.

Die Herabsetzung des Anteils der flexiblen Preise bei den Verbraucherpreisen wurde damit begründet, daß sowohl die Reform der entsprechenden Großhandelspreise als auch die Ausarbeitung einer Konzeption für eine entsprechende Preis-, Einkommens- und Lohnpolitik nicht weit genug vorangeschritten sei. Bei der Realisierung des zweiten Schritts in der Preisreform rechnet man allerdings mit einem Zuwachs des Anteils der „flexiblen“ Preise sowohl bei den Produktionsmitteln als auch bei den Verbrauchsgütern.

Ergänzende Maßnahmen

Neben den bisher erwähnten Maßnahmen wurde in der ersten Etappe auch versucht, die Großhandelspreise an die Exportpreise anzunähern, um die Isolierung der Inlandspreise von den Außenhandelspreisen aufzuheben. Zudem wurden neue Sätze für die Abgaben aus dem Bruttoeinkommen festgesetzt und neue Grundsätze für die Abschreibungspolitik eingeführt. Dadurch sollte – wenigstens annähernd – eine ökonomische Gleichstellung aller Betriebe erreicht werden.

Mit der Realisierung dieser Maßnahmen verbesserte sich die Einkommenssituation der Betriebe. Dies war insofern überraschend, als bei der Einführung der neuen Abgabesätze von einer unveränderten Einkommenssituation ausgegangen worden war. Ferner kam es zu großen Unterschieden hinsichtlich der Rentabilität sowohl zwischen den Industriezweigen und den Branchen als auch zwischen den Betrieben und den einzelnen Produkten.

Diese unerwarteten Veränderungen haben einmal mehr gezeigt, daß die zentralen Instanzen allein nicht in der Lage sind, den Produktionsprozeß detailliert vorauszubestimmen und die Möglichkeiten der Betriebe richtig einzuschätzen. Sie stellten deshalb auch den Grund dar, warum die Realisierung der zweiten Etappe der Preisreform, die am 1. 1. 1967 beginnen sollte, auf die Jahre 1968/69 verschoben wurde. Auf diese Weise sollte genügend Zeit gewonnen werden, um die Ergebnisse der ersten Etappe auszuwerten und korrigieren zu können und um eine gründliche Vorbereitung der zweiten Etappe zu gewährleisten.

Übergang zur zweiten Etappe

Zu den Maßnahmen der Korrektur der ersten Etappe und der Vorbereitung der zweiten gehört der Versuch, das Ungleichgewicht zwischen den Preisen für inländische Güter und für Importprodukte zu beseitigen. Dazu wurde zum 1. 1. 1968 eine Neuregelung des Preisniveaus durchgeführt. Diese Regelung führte z. B. in der Industrie zu einem Anstieg des Preisniveaus um ca. 2,3 %. Dadurch sollte erreicht werden, daß die Betriebe ihre Importe aus ihrem Einkommen bezahlen und somit die Zuschüsse aus dem Staatshaushalt wegfallen können. Gleichzeitig wurden erste Schritte unternommen, um die inländischen Preisrelationen an die auf dem Weltmarkt herrschenden Relationen anzunähern; es wurden Preisrelationen bei den Rohstoffen verändert, das Ausmaß der Dotationen für Investitionen und Nichtinvestitionen wurde beschränkt und der Preis für Energiekohle gesenkt.

Diese Regelungen sollten die notwendigen Strukturwandlungen unterstützen und verstärken. Die dabei auftretende Erhöhung der Rohstoffpreise sollte zu 50 % von den Betrieben getragen werden, damit deren übermäßiges Einkommen reduziert wurde. Die bisherigen Ergebnisse zeigen leider nicht, daß tatsächlich eine Senkung der Betriebseinkommen erfolgte.

Ergebnis der bisherigen Preisreform

Als Ergebnis der zum 1. 1. 1967 und 1. 1. 1968 durchgeführten Preisregelungen kann folgendes festgehalten werden:

Die Maßnahmen haben die Preisrelationen zwischen den Industriezweigen, den Branchen und zwischen einzelnen Produktgruppen neu gestaltet. Innerhalb der Produktgruppen aber spiegeln die Preisrelationen weiterhin im wesentlichen die Kostenverhältnisse aus den Jahren 1963/64 wider. Deshalb entsprechen die einzelnen Großhandelspreise auch nicht den wirklichen Produktionsbedingungen und führen bei den einzelnen Produzenten zu unterschiedlichen Rentabilitäten. Weiterhin befinden sich die Preise immer noch nicht im Einklang mit den Nachfrage- und Angebotsverhältnissen. Dieser Zustand widerspricht aber eindeutig den Kriterien der gesellschaftlichen Effektivität.

Die Verbraucherpreise und die Großhandelspreise sind sehr stark voneinander isoliert. Dies kommt in der unterschiedlichen Höhe der Umsatzsteuer zum Ausdruck. Sie schwankt – ohne atypische Fälle zu berücksichtigen – zwischen -42% (was gleichbedeutend mit einem Staatszuschuß ist) und $+85\%$ des Großhandelspreises.

Mieten und andere Preise von Dienstleistungen für die Bevölkerung entsprechen ökonomischen Kriterien in keiner Weise. Da sie die Kosten nicht decken, erfordern sie laufend Staatsdotationen.

Die Isolierung der Inlandspreise von den Weltmarktpreisen ist geblieben. Das Ausmaß dieser Isolierung zeigen die Zuschüsse und Abzüge im Außenhandel, deren Summe sich im Jahre 1967 auf ca. 33 Mrd. Tschechische Kronen belief.

Der Anteil der Frei- und Margenpreise ist immer noch zu klein. Er beträgt zur Zeit etwa 15% des gesamten Preisbereichs.

Die Beseitigung dieser Mängel im Preissystem wird die Grundaufgabe der zweiten Etappe der Preisreform sein. Diese Etappe, die als „Preisindividualisierung“ zu bezeichnen ist, lief während des Jahres 1968 an und soll in der ersten Hälfte des Jahres 1969 beendet sein.

Probleme der weiteren Reform

Bei der Realisierung der zweiten Etappe sind eine Reihe von Problemen zu beachten, von denen nur einige angesprochen werden sollen.

In der tschechoslowakischen Wirtschaft bestehen Inflationstendenzen, die durch den Prozeß der Bildung von Gleichgewichtspreisen verstärkt werden können. Geht dieser Prozeß völlig frei und ohne jegliche Regulierung vor sich, wird die Inflationsgefahr zu groß. Deshalb muß die Bildung von Gleichgewichtspreisen allmählich erfolgen.

In der vorliegenden Konzeption wird mit Preissteigerungen gerechnet. Allerdings will man versuchen, diese unvermeidlichen Preissteigerungen

auf die Branchen zu beschränken, deren weitere Entwicklung überschaubar geworden ist und in denen die Strukturwandlungen den Prozeß der Intensivierung der Wirtschaft und der Wiederherstellung des Gleichgewichts unterstützen. Die Politik der starren Preise soll dementsprechend dort durchgeführt werden, wo die Entwicklungskonzeption noch nicht vollständig ausgearbeitet worden ist. Ein zusätzliches Problem entsteht dabei aber dadurch, daß nicht nur die internen Bedingungen, sondern auch die Relationen der Weltmarktpreise berücksichtigt werden müssen.

Das Ausmaß der preispolitischen Maßnahmen für das Jahr 1969 wird weiterhin durch die negativen sozialpolitischen Folgen begrenzt, die Preisänderungen mit sich bringen können. Preisänderungen bei den Einzelhandelspreisen, den Mieten, den Preisen für den Personenverkehr usw. sind vorläufig noch unerwünscht.

Geplante Maßnahmen

Im Zusammenhang mit der „Preisindividualisierung“ werden auch die notwendigen Änderungen in der Kategorisierung durchgeführt. Vor allem wird man den Bereich der freien Preise erweitern.

Durch eine Änderung des Umsatzsteuersystems soll die Verbindung zwischen den Groß- und Einzelhandelspreisen hergestellt werden. Die bisherige Umsatzsteuer war – ohne Berücksichtigung der Handelsspanne – als absolute Differenz zwischen Groß- und Einzelhandelspreis konstruiert (Differenzumsatzsteuer). Die neue Satz-Umsatzsteuer wird dagegen als fester Prozentsatz des Preises erhoben. Zuerst werden die Steuersätze nach den einzelnen Produktgruppen variieren. Schrittweise sollen dann die Sätze angeglichen werden, um zu einem einheitlichen Satz zu kommen. Dieser würde dann auch der zugrunde liegenden Reformidee genügen, nach der jedes Produkt das gleiche Steueraufkommen für die Gesellschaft erbringen soll.

Zum Schluß sei darauf hingewiesen, daß eine Beurteilung der Preisreform immer berücksichtigen muß, daß die Konzeption sowohl der Preisreform als auch des neuen Gesamtmodells der Lenkung der tschechoslowakischen Wirtschaft fast nur auf theoretischen Überlegungen aufbaut und kaum praktische Erfahrungen zugrunde gelegt werden konnten. Deshalb kann das System nicht als fertige Lösung betrachtet werden, sondern nur als ein erster Entwurf, der überwiegend programmatischen Charakter hat. Man ging von Anfang an davon aus, daß die Realisierung der Konzeption viele nicht in Betracht gezogene Probleme mit sich bringen würde, die durch sorgfältige und zielbewußte weitere Arbeit zu bewältigen sind.